Bayern Seite 13 / Deutschland Seite 13 / München Seite 13

## Die Saat der Waffengewalt

## Schuld an Mazedoniens Los ist die Nato / Von Milcho Manchevski

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das State Department und ein UN-Offizier haben in den vergangenen Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass die albanischen Separatisten der UCK in Mazedonien ethnische Säuberungen gegen Mazedonier verübt haben. Die Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" hat Menschenrechtsverletzungen albanischer Extremisten, darunter Folter, Verstümmelungen und sexuelle Gewalt, zusammengetragen. In dieser Woche traten die albanischen Militaristen in die Fußstapfen der Taliban und sprengten ein Kloster aus dem 14. Jahrhundert. Die Guten aus dem vergangenen Jahr sind nun die Bösen.

Abgebrühte Balkan-Beobachter erstaunt das nicht. In zehn Jahren brutaler Gefechte im einstigen Jugoslawien war es Mazedonien gelungen, unversehrt zu bleiben – und dies ohne die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Nach Verhandlungen zog die jugoslawische Armee friedlich ab, ein bewundernswerter Erfolg, der vor allem Mazedoniens erstem Präsidenten Kiro Glogorow zu verdanken ist. Es gab Spannungen (ein Attentat kostete Glogorow ein Auge und hinterließ einen Schrapnellsplitter in seinem Gehirn), aber keinen Krieg. Mehrmals lobte die internationale Gemeinschaft die Regierung und die Menschen Mazedoniens, die sich bemühten, eine multiethnische Gesellschaft zu bewahren. Im Parlament saßen Parteien, die die ethnischen Minderheiten repräsentierten. Albanische Parteien waren Koalitions-Partner in allen Regierungen seit der Unabhängigkeit; zurzeit sind sechs der siebzehn Minister albanischer Abstammung. Es gibt albanische Schulen, bald eröffnet eine albanische Universität. Es gibt Fernsehsender, Theater, Zeitungen in der Sprache der Minderheiten. Woraus speist sich also die ethnische Gewalt der jüngsten Zeit?

Die albanischen Militaristen behaupten, sie kämpften für die Menschenrechte, ein Mantra, das sich in der Vergangenheit oft als siegreiches Argument erwies. Diesmal aber werden die Menschenrechte nur als Vorwand benutzt, um mit Waffengewalt neue Grenzen zu ziehen. Landbesetzungen, die Ermordung von Zivilisten, eine Bombendrohung gegen das Parlamentsgebäude in Skopje und ethnischen Säuberungen an der Mehrheit, den Mazedoniern, die in den Konflikt-Gebieten in der Minderheit sind, weisen unübersehbar auf einen Widerspruch hin: Kämpft man für die Anerkennung der Sprache mit Heckenschützen? (Darf einer in Los Angeles Polizisten töten, damit in der kalifornischen Regierung Spanisch gesprochen wird?)

## Alte Kameraden

Die "ethnischen Säuberer" der UCK sind in der Regel alte Soldaten der "Kosovo-Befreiungs-Armee", die im Kosovo an der Seite der Nato kämpfte. Die meisten ihrer Waffen und Kämpfer stammen aus dem von der Nato verwalteten Kosovo. Der UN-Sicherheitsrat forderte vergangene Woche, dass die KFOR und die Beamten der Mission der Vereinten Nationen (Unmik) die Grenze schärfer bewachen. Amerikanische, europäische und Nato-Diplomaten haben ein Friedensabkommen ausgehandelt, in dessen Mittelpunkt eine bessere Garantie für die Rechte der albanischen Minderheit steht, ihre Entwaffnung vorausgesetzt.

Doch all dies geht am Kern der Sache vorbei: Die radikalen Albaner kämpfen um Land. Sie tun genau das, wovor viele Beobachter seit Jahren gewarnt haben – sie arbeiten auf eine Eskalation der Gewalt hin, bis auch der Durchschnittsbürger radikalisiert ist. Obwohl die Diplomaten betonen, dass sie mit der UCK nicht verhandeln werden, de facto legitimiert der Westen das Töten im Namen eines Sprachen-Streits. Wie paradox!

Das verarmte Land, das einer der wichtigsten Stützpunkte der Nato im Kampf gegen Milosevics Jugoslawien und für die Friedenserhaltung im Kosovo war – und ist –, das Land, das 350000 Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen hat, wird inzwischen zerrissen von den Anschlägen eben jener Revolverhelden, die die Nato trainiert hat. Als sie gegen Milosevic kämpften, haben viele von ihnen Unterschlupf in Mazedonien gefunden. Mazedonien ist der Kollateralschaden des Nato-Engagements auf dem Balkan. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die Verbündeten hielten es für zu gefährlich, die UCK im Kosovo ernsthaft zu entwaffnen, obwohl sie ihr Kosovo-Mandat dazu verpflichtete. Leichensäcke sind nicht sexy, und so entschied die Nato, dass die albanischen Militaristen ihre westlichen Waffen behalten dürfen, selbst wenn sie mit ihnen Zivilisten im Kosovo ermorden.

Nicht nur die Nato, die gesamte Welt hat sich auf die Seite der "großartigen Sache", wie die albanischen Extremisten ihr Projekt nennen, geschlagen, und diesen in ihren Sezessionsbestrebungen Auftrieb verschafft. Ethnische Säuberungen und Landbesetzungen waren der nächste Schritt für eine Neuordnung der Grenzen. Jugoslawien hat uns in den vergangenen zehn Jahren gelehrt, wohin das führt. Längst könnten die Nato-Alliierten das Blutvergießen beenden und den Kollaps demokratischer Ideen in Europa verhindern, allerdings nicht durch geheuchelte Appelle an "beide Seiten".

## Kein Konto unter dieser Nummer

In Mazedonien gibt es eine rechtmäßige Regierung, eine Polizei, eine Armee, und es gibt Aggressoren. Die Nato, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben viel Druck auf Mazedonien ausgeübt, damit es sich nicht selbst verteidigt. Aber dann ist der Aufstand aus dem Ruder gelaufen, und die Desintegration des Landes ist ein Ergebnis des "Friedensprozesses". Im vergangenen Monat hat Präsident Bush den Befehl gegeben, die Konten der UCK- Führer zu sperren und ihnen die Einreise in die Vereinigten Staaten zu verwehren; die europäischen Alliierten folgten ihm. Doch das ist offensichtlich nicht genug.

Wenn der Westen eindeutig gegen die Neuordnung der Grenzen eintreten will, wenn die Nato ihr Wort halten und ihre Alliierten nicht in der Not im Stich lassen will, dann sollte sie gemeinsam mit den Vereinten Nationen nicht nur die Waffen-Arsenale ausheben, sondern auch die Kriegstreiber der UCK dorthin schicken, wohin Milosevic gegangen ist. Die UCK muss endgültig gezwungen werden, Gewalt und Rebellion aufzugeben, bevor es weitere politische Gespräche gibt. Und darauf sollte die Nato auch dann hinwirken, wenn es ein nicht ganz so begrenztes militärisches Engagement erfordert – etwa um die Rebellenführer zu verhaften oder die Waffendepots auszuheben. In jedem Fall sollte, da die Nato nun ohnehin in Mazedonien ist, die Entwaffnung über eine rein "freiwillige" Aktion hinausgehen und umfassend sein. Es gibt unterschiedliche Angaben über die Anzahl der Waffen - sie reichen von 2500 bis 85000 Stück jeglicher Art. Falls nötig, sollte die Nato auch Gewalt gegen die "ethnischen Säuberer" anwenden, wie sie es in Jugoslawien getan hat. Wenn Amerika, Großbritannien & Co ihre Absicht nicht durchsetzen, könnten sie zu einer langjährigen Besatzungsmacht im souveränen Mazedonien werden. Die USA und ihre Alliierten haben die moralische Verpflichtung, jene Soldaten, die sie selbst ausgerüstet und bewaffnet haben, daran zu hindern, Mazedonien in ein zweites Afghanistan oder Kambodscha zu verwandeln, zwei traurige Beispiele von Kollateralschäden nach einem amerikanischen Einsatz. Und schließlich kam das verhängnisvolle Geschehen bekanntlich überhaupt erst in Gang, als Deutschland Slowenien und Kroatien über Nacht anerkannt hat (während es Bosnien und Mazedonien ignorierte) – bevor die europäischen Alliierten oder Amerika zu einem solchen Schritt bereit waren.

Wir haben in Bosnien gelernt, dass es langfristig die größten Probleme schafft, wenn man die ethnischen Säuberer gewähren lässt oder gar ermutigt. Oder, wie der Anwalt in einem Hollywood-Witz dem Beklagten sagt: "Gute Nachrichten. Sie müssen nichts tun. Es ist nur eine moralische Verpflichtung." Im Fall Mazedonien aber besteht auch eine realpolitische Verpflichtung.

Der Autor stammt aus Mazedonien. Sein Film "Vor dem Regen" gewann in Hollywood den Oscar und in Venedig den Goldenen Löwen. Sein neuer Film "Dust" wird am 29. August die diesjährigen Filmfestspiele in Venedig eröffnen.

Deutsch von Sonja Zekri

(Süddeutsche Zeitung) http://szonnet.diz-muenchen.de/REGIS A12871829